

Eine Stadt, die wir uns leisten können

In den letzten Jahren hat der Stadtrat zu einem zentralen Aspekt unseres gesellschaftlichen Miteinanders seine Aufgabe verschlafen. Seit Jahren verlieren wir bezahlbaren Wohnraum. Ganze Stadtkreise entwickeln sich zu Marktplätzen, wo kommerzielle Anbieter*innen Wohnungen in Business Apartments zweckentfremden und mit Kurzzeit-Vermietungen obszöne Profite einsacken. Die Exekutive schaut zu, statt zu handeln.

Der Stadtrat hat auch dabei versagt, Grossinvestor*innen auf dem Wohnungsmarkt in die Pflicht zu nehmen. Mit der kommenden Revision der Bau- und Zonenordnung sollen sie endgültig verpflichtet werden, substantielle Anteile an dauerhaft preisgünstigen Wohnungen zu erstellen. Sie müssen endlich ihren Teil zum Drittelsziel gemeinnütziger Wohnungen beitragen: Die AL wird nicht ruhen, bis das geschieht!! Denn Liegenschaften kaufen ist bei weitem keine ausreichende Strategie!

Eine Finanzplanung, die ihren Namen verdient, ist nicht nur eine Zahlensammlung, sondern bringt zum Ausdruck, wo wir Prioritäten setzen, um den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft zu gewährleisten. Die bauliche Verdichtung betrifft zu grossen Teilen Quartiere, in denen vor allem die ärmere Hälfte der Bevölkerung ihr Zuhause hat. Unsere politische Sorge muss zuvorderst diesen Menschen gelten, gerade jetzt, da wir vor wichtigen Entscheidungen stehen, wo und wie wir die nicht unbegrenzt vorhandenen städtischen Mittel in den kommenden Jahren einsetzen wollen. Die AL verlangt eine Finanzplanung, die Nachhaltigkeit über Wachstum, Solidarität über Einzelinteressen, Inklusion aller Menschen über den Ausschluss von ganzen Gesellschaftsschichten stellt. Das Stillen kollektiver Grundbedürfnisse muss ins Zentrum gerückt werden. Preisgünstiges Wohnen sowie starke Service-Public-Leistungen in Gesundheit, Bildung und Mobilität sind das Fundament unserer Stadt. Faire Löhne und Arbeitsbedingungen stärken unsere Gesellschaft.

Wir fordern, dass die Gentrifizierungs-Renditen aus den reichlich fliessenden Grundstücksgewinnsteuern über gezielte soziale Investitionen wieder der Öffentlichkeit zukommen. Aus dem Rekordgewinn 2024 des städtischen Elektrizitätswerks sollen 80 Millionen als einmalige Volksdividende an die Kund*innen in der Grundversorgung rückverteilt werden. Für über 90 Prozent der Steuerpflichtigen bringt das mehr als eine 3-Prozent Steuerfuss-Senkung. Das stärkt hauptsächlich die Kaufkraft der finanzschwachen Haushalte und belastet das Steuersubstrat der Stadt Zürich nicht über Jahre wie die von der SP forcierten Mittelstands-Konsum-Subventionen bei ÖV-Tickets und Krankenkassenprämien. Diese zürcherische Variante der «Zugisierung» lehnen wir komplett ab. Unsere Ansätze zur Umverteilung sind gezielt und finanziell tragbar. Kurz: Sie sind radikal sozial und ermöglichen eine Stadt, die wir uns leisten können!